



Trauer um einen König

Ein Jahr lang hat Thailand um seinen König Bhumibol Adulyadej getrauert, der von 1946 bis 2016 amtierte. Die Taxis trugen schwarze Wimpel, an den Hochhäusern Bangkoks hingen Trauerschleifen, Touristen wurde am Flughafen die Bedeutung Bhumibols erklärt. Am vergangenen Donnerstag ist sein Leichnam nun mit einer aufwendigen Zeremonie eingäschert worden. Mehrere Hunderttausend Menschen, die meisten ganz in Schwarz, zogen vor den alten Königspalast in Bangkok oder knieten in den Straßen, durch die eine symbolische Urne gezogen wurde.

Analyse

Die Trump-Partei

Warum fast alle republikanischen Abgeordneten zu ihrem Präsidenten halten

Ist ein Wunder geschehen? Endlich kritisieren gleich mehrere führende Republikaner öffentlich in scharfen Worten ihren Präsidenten Donald Trump. Doch was wie ein Aufstand aussieht, ist in Wahrheit ein Abschied. Die lauten Trump-Gegner verlassen demnächst die Politik. Das gilt für Senator Jeff Flake aus Arizona, der den Präsidenten in einer Rede massiv attackierte, das gilt auch für Senator Bob Corker, der sich mit Trump auf Twitter stritt. Beide kandidieren nächstes Jahr nicht mehr, denn sie müssten voraussichtlich bei den Vorwahlen gegen radikale Gegenkandidaten antreten. Gegen Leute wie Roy Moore, der jüngst in Alabama eine Vorwahl gewann und sich Wladimir Putin wegen seiner Haltung zu Homosexuellen nahe fühlt.

Es gibt in der Partei keine echte Opposition gegen den Präsidenten, es ist auch unwahrscheinlich, dass sich die Republikaner in zwei Flügel spalten. Zwar sinkt Trumps Beliebtheit auch bei der Basis, aber noch hat er sie mehrheitlich hinter

sich. Laut US-Medien äußern sich die meisten Republikaner im Senat privat entsetzt über Trump, doch öffentlich halten sie zu ihm. Es ist ihnen weit wichtiger, Steuersenkungen und Deregulierungen durchzusetzen, als sich von einem Präsidenten zu distanzieren, der ihnen manchmal peinlich ist.

Zur Parteidisziplin trägt bei, dass viele traditionelle Republikaner bei den Midterm-Wahlen nächstes Jahr einen Angriff von rechts fürchten müssen. Dahinter steht Stephen Bannon, der einstige Chefstrategie Trumps. Er arbeitet zusammen mit reichen Spendern daran, im ganzen Land eigene Kandidaten zu unterstützen. All die Abgeordneten, die dem Präsidenten nicht hörig und Bannon nicht nationalistisch genug sind, sollen abgewählt werden. Es ist ungewiss, ob er damit Erfolg haben wird, aber sicher ist: Die Trump-Gegner sind auf dem Rückzug, stattdessen verändert sich unter ihm die Partei. Er macht sie sich untertan.

Mathieu von Rohr



CHRISTOPHER FURLONG / GETTY IMAGES

Japan Zwei Freunde gegen Kim

Nach seinem Sieg bei der Unterhauswahl will Japans Premier Shinzo Abe den Druck auf Nordkorea erhöhen – und dafür kommt ihm der Tokio-Besuch von US-Präsident Donald Trump am 5. und 6. November sehr gelegen. Als symbolische Geste könnten beide Politiker gemeinsam ein japanisches Kriegsschiff besichtigen, das für den Geleitschutz amerikanischer Schiffe eingesetzt wird. Trump wird voraussichtlich auch US-Soldaten

treffen, die in Japan stationiert sind.

Der Besuch biete beiden Bündnispartnern eine ideale Gelegenheit, der Welt ihren Schulterschluss vorzuführen, sagte ein Regierungssprecher. Vor allem, was Nordkorea angeht. So will Abe seinem Gast auch die Eltern einer Japanerin vorstellen, die vor Jahrzehnten nach Nordkorea entführt wurde.

In Tokio wird hervorgehoben, dass der amerikanische Präsident als Erstes in Japan Station macht, bevor er nach Südkorea, China, Vietnam und auf die Philippinen weiterreist. Besonders stolz ist

man auch darauf, dass Abe und Trump sich mit Vornamen anreden. Diese Freundschaft soll mit einer Golfpartie vertieft werden.

Nicht ganz so harmonisch könnte dagegen der Rest der Reise verlaufen: Der Regierung des südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In warf Trump unlängst eine Politik des „Appeasement“ gegenüber Pjöngjang vor. Und China, das Trump danach besuchen wird, beteiligt sich zwar an verschärften Sanktionen gegenüber Nordkorea. Aber es weigert sich, seine lebenswichtigen Öllieferungen an das Regime einzustellen. ww

Indien Ohne Fingerabdruck kein Telefon

Der Aufbau der größten biometrischen Datenbank der Welt, der Indien einen Modernisierungsschub versetzen soll, gerät in die Kritik. Mit dem sogenannten Aadhaar-Projekt werden alle 1,3 Milliarden Inder per Iris-Scan und Fingerabdruck erfasst. Eine zwölfstellige Nummer gilt als Identitätsnachweis. Auf diese Weise waren zum Beispiel viele Hundert Mil-

lionen Inder zum ersten Mal in der Lage, ein Bankkonto zu eröffnen, weil sie sich nun ausweisen können.

Datenschützer befürchten allerdings, die zentral gespeicherten Daten könnten zum Einfallstor für Betrüger werden. Identitätsdiebstahl kommt in Indien häufig vor. Verschärft hat sich der Streit nun, weil die Regierung ihre Bürger zwingen will, sensible Daten wie Konto- und Telefonnummern in Aadhaar einfließen zu lassen. Wer sich dieser Forderung widersetzt,

dem sollen ab dem kommenden Jahr das Konto und das Telefon gesperrt werden. Dagegen wurde vor dem Obersten Gericht ein Antrag eingereicht.

Auch die Idee einer digitalen Verwaltung macht in der Praxis Probleme. In Jharkhand, einem der ärmsten Bundesstaaten Indiens, erhielten Familien kürzlich ihre staatlichen Essensrationen nicht, weil die Beamten ihre Personalnummern nicht verifizieren konnten: Das Internet funktionierte nicht. lh

Türkei Rivalin für Erdoğan

„Wölfin“, so nennen ihre Anhänger sie: Meral Akşener, 61, durchsetzungsstark und kompromisslos wie sonst nur einer – Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Genau diesen will Akşener nun herausfordern. Am Mittwoch hat die Politikerin in Ankara daher die İyi Parti gegründet, die „gute Partei“.

Akşener hat im vergangenen Jahr die nationalistische MHP verlassen, nachdem sie den Kampf um die Parteiführung verloren hatte. Anders als die MHP kritisiert sie Erdoğan offen – und könnte nun dessen Kritiker rechts

der Mitte abwerben, säkulare Nationalisten sowie einstige AKP-Wähler. Damit dürfte die rechte Rivalin für Erdoğan zur Gefahr werden, denn sie könnte ihm die nötigen Stimmen für seine Wiederwahl 2019 abspenstig machen.

Bisher erschien ein Sieg Erdoğan relativ sicher. Zuletzt kamen die Sozialdemokraten und die linke, prokurdische HDP zusammen höchstens auf ein Drittel der Stimmen, der Rest wählte mehrheitlich die islamisch-konservative AKP. Nun aber erwächst Erdoğan erstmals Konkurrenz im rechten Lager.

Akşener war in den Neunzigerjahren bereits einmal Innenministerin, sie steht in dem Ruf, eine Hardlinerin zu

sein: weniger fromm als Erdoğan, aber genauso resolut gegenüber Kurden und weiteren Minderheiten. Anders als vielen ihrer Konkurrenten wurde Akşener bislang keine Korruption nachgewiesen. Auch zur Sekte des Islamistenpredigers Fethullah Gülen ist sie früh auf Distanz gegangen.

Erste Umfragen sehen die İyi Parti bei bis zu 20 Prozent. Sollte Akşener den Hype bis zur nächsten Wahl aufrechterhalten, könnte ihr gelingen, was bislang niemand vollbracht hat: die Alleinherrschaft Erdoğan zu brechen. pop



MUSTAFA KIRAZLI / GETTY IMAGES

Akşener